

Daniela Angetter / Christine Kanzler

„... sofort alles zu veranlassen, damit der Jude als Arzt verschwindet“¹

Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Wien
1938–1945

Vom Arzt zum „Krankenbehandler“

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich im Jahre 1938 begann die systematische Vertreibung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Viele von ihnen, darunter unzählige Ärzte, wurden in demütigender Weise ihrer Ämter enthoben und aus ihren Positionen verdrängt.

Eine Diskriminierung von Mediziner*innen jüdischer Herkunft bestand in Österreich allerdings bereits lange vor 1938. Insbesondere ab der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahre 1933 war der Antisemitismus an den österreichischen Universitäten kaum mehr aufzuhalten. Die Karrierewege von jüdischen Mediziner*innen wurden im Hochschulbereich vielfach behindert und endeten gewöhnlich im besten Fall mit dem Berufstitel eines außerordentlichen Professors. Nach Angaben der Vereinigung jüdischer Ärzte in Wien wurden ab dem Frühjahr 1933 Jungärzte jüdischer Herkunft an öffentlichen Spitälern weder angestellt noch befördert.² Leichter war es damals noch, sich im Bereich der Krankenkassen und Kassenambulatorien zu etablieren. Doch die Kündigungswelle nach den Ereignissen des Bürgerkriegs im Februar 1934 betraf ganz besonders jüdische Ärzte sozialistischer Gesinnung.³ Die Form und das Ausmaß dieser Diskriminierungen können allerdings nicht

- 1 Gauhauptstellenleiter Hobenstorfer an die Kassenärztliche Vereinigung, Abteilung Zulassungswesen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für soziale Verwaltung, Karton 2392/1939.
- 2 Unsere Generalversammlung, in: Mitteilungsblatt der Vereinigung jüdischer Ärzte in Wien 4 (1934) 2; siehe auch: Schach dem Numerus nullus, in: Mitteilungsblatt der Vereinigung jüdischer Ärzte in Wien 7 (1934) 1.
- 3 Laut Arbeiter-Zeitung vom 18. 11. 1934, S. 4, wurden bis zum Sommer 1934 in Heil- und Fürsorgeinstitutionen der Gemeinde Wien 58 Ärzte gekündigt, von denen 56 jüdischer Herkunft waren.

mit der Verfolgung verglichen werden, die nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland diejenigen Ärzte traf, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten. Während im „Altreich“ die Ausgrenzung jüdischer Mediziner schrittweise im Laufe von Jahren durchgeführt wurde und mit dem Erlöschen der Approbationen im Jahre 1938 ihren vorläufigen Abschluss fand,⁴ vollzog sich die Vertreibung ihrer österreichischen Kollegen aus dem Berufsleben nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze am 20. Mai 1938 unter maßgeblicher Mitwirkung der Ärztekammer innerhalb weniger Monate und führte zu einer völligen Umstrukturierung des Ärztestandes sowie der Gesundheitsversorgung der Wiener Bevölkerung. Bereits Ende April 1938 erfolgte die Entfernung der jüdischen Universitätslehrer aus ihren Positionen an den medizinischen Fakultäten, mit 1. Juli wurden den frei praktizierenden jüdischen (Fach-)Ärzten ihre Kassenverträge entzogen, mit 30. September erloschen ihre Bestellungen, womit sie die Berechtigung zur Ausübung ihres Berufes und damit ihre Existenzgrundlage verloren.⁵

Gleichzeitig mit diesem Berufsverbot erfolgte ein Raubzug am privaten Vermögen – Wohnungen und Ordinationen wurden beschlagnahmt, private Sanatorien, Heilanstalten und Laboreinrichtungen „arisiert“. Von diesen Zwangsmaßnahmen profitierten „arische“ Berufskollegen sowie nationalsozialistische Institutionen. Bekannt ist der Fall des Privat-Sanatoriums Dr. Fürth für Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe und Interne Medizin in Wien-Josefstadt, das vor allem wegen seiner geburtshilflichen Klinik auch international einen ausgezeichneten Ruf hatte und von zahlreichen ausländischen Patienten aufgesucht wurde. 1938 wurde das Sanatorium beschlagnahmt und einem kommissarischen Verwalter unterstellt. Der Besitzer Lothar Fürth (geb. 1897)⁶, der 1920 aus dem Judentum ausgetreten und zum Protestantismus konvertiert war, sowie seine Frau Susanne, die am 2. April 1938 im Rahmen der „Wiener Reibpartien“ zum Aufwaschen des Straßenpflasters vor ihrem Sanatorium gezwungen wor-

4 Siehe etwa für Berlin: Rebecca Schwoch, Medizinische Versorgung von Juden für Juden? „Krankenbehandler“ in Berlin 1938–1945, in: Caris-Petra Heidel (Hrsg.), Jüdische Medizin – Jüdisches in der Medizin – Medizin der Juden?, Frankfurt/M. 2011, S. 289–307, hier 289.

5 Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 7. 1938 bekanntgemacht wird. Gesetzblatt für das Land Österreich. Ausgegeben am 9. 8. 1938, 94. Stück, ALEX – Historische Rechts- und Gesetzestexte online, <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=glo&datum=1938&page=1393&size=45> [abgerufen am 18. 6. 2016]. Siehe dazu auch ausführlich den Beitrag von Ilse Reiter-Zatloukal und Barbara Sauer in diesem Band.

6 Diese und die folgenden biografischen Daten stammen aus der Datenbank des Österreichischen biographischen Lexikons, Domain Jüdische Ärzte in Wien 1918–45.

den waren, begingen am darauf folgenden Tag in ihrer Wohnung Selbstmord. Das Sanatorium Fürth ging an den Reichsfiskus Heer über und diente zeitweilig als Kriegslazarett.⁷ Ein anderes Beispiel betraf die Medizinerin Frida Reines-Lemberger⁸, die ihr medizinisch-diagnostisches Labor im 4. Wiener Gemeindebezirk im November 1938 innerhalb weniger Stunden räumen und an die Medizinerin Lore Hauenschild übergeben musste. Reines-Lemberger nahm sich 1942 vermutlich kurz vor ihrer bevorstehenden Deportation das Leben.⁹ Auch andere jüdische Ärzte verübten aufgrund der ihnen zugefügten Demütigungen und Misshandlungen Selbstmord, so etwa der bekannte Pädiater und ab 1901 Leiter des Karolinen-Kinderspitals Professor Wilhelm Knöpfelmacher (geb. 1866) am 23. April 1938 kurz nach seiner Entlassung von der Universität Wien.¹⁰ Ebenso wählte der ehemalige Leiter der Syphilis-Sektion der Poliklinik, der 1936 in den Ruhestand getreten war, Professor Gabor Nobl (geb. 1864) gemeinsam mit seiner Ehefrau Maria kurz nach dem „Anschluss“ am 22. März 1938 den Freitod, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.¹¹

Nach der Vertreibung der jüdischen Ärzte aus ihren Positionen triumphierte der Beauftragte des Reichsärztesführers Rudolf Ramm¹²:

„Wie groß auch immer der Verlust an Volkskraft durch die Bastardisierung wertvollen deutschen Erbgutes durch den Juden sein mag,

7 Tina Walzer, Das Sanatorium Fürth, in: Irmtraud Karlsson / Manfred Kerry / Tina Walzer, ... lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938–1945, Wien 2008, S. 161–168, hier 161–165.

8 Geb. 2. 8. 1884 Schaffa/Šafov, Mähren. Promotion Wien 1909. Betrieb bereits 1913 ein Laboratorium für medizinisch-diagnostische Untersuchungen in Wien. 1938–1942 „Fachbehandler“ für Labormedizin.

9 Ingrid Arias, „... und in Wirklichkeit war es Zufall, dass man am Leben geblieben ist ...“. Das Schicksal der jüdischen Ärztinnen in Wien 1938–1945, in: Dies. (Hrsg.), „Im Dienste der Volksgesundheit“. Frauen – Gesundheitswesen – Nationalsozialismus, Wien 2006, S. 37.

10 Wilhelm Knöpfelmacher, in: Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938, gedenkbuch.univie.ac.at [abgerufen am 20. 6. 2016].

11 Karl Heinz Tragl, Chronik der Wiener Krankenanstalten, Wien–Köln–Weimar 2007, S. 326.

12 Geb. 23. 11. 1887 Dortmund, gest. 9. 8. 1945 Berlin (von einem russischen Militärgericht hingerichtet). Arzt bei der deutschen Reichsbahn, Gauobmann des Nationalsozialistischen Deutschen Ärzte-Bundes des Gauess Rheinpfalz, 1930 SS-Standarten-Arzt, 1932/33 Mitglied des Reichstages (NSDAP), Beauftragter des Reichsärztesführers im Stab des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich Josef Bürckel, Leiter der Akademie für Ärztliche Fortbildung Wien, Leiter der Ärztekammer Westmark. Gilt als führender Ideologe der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik und Medizinethik.

er ist geringfügig, gemessen an den Verlusten, die der jüdische Arzt durch Vernichtung der Leibesfrucht deutscher Mütter der Bevölkerung der Ostmark beigebracht hat! Wie befreiend wird sich die Tat unseres Führers erweisen, durch die er dem Juden die Ausübung des ärztlichen Berufes innerhalb unserer Volksgemeinschaft verbot! Vom 1. Oktober d. J. ab ist kein deutschblütiger Mensch der Gefahr mehr ausgesetzt, von jüdischen Ärzten an Körper und Seele vergiftet zu werden. Es gibt von da ab keinen jüdischen Arzt auf deutschem Boden mehr.¹³

Die Vertreibung der jüdischen Ärzteschaft führte zu einem folgenschweren Niedergang der Wiener Medizin, eng verbunden mit einem Verlust an Internationalität, Tradition und Innovation. Die physische Vernichtung ihrer Repräsentanten sollte wenige Jahre später folgen.

In Reaktion auf die durch das Berufsverbot entstandene prekäre Situation richtete die Israelitische Kultusgemeinde im Rahmen ihrer Auswanderungsabteilung eine eigene Ärzteberatung ein. Ursprünglich als Beratungsstelle für Mediziner mit Emigrationsabsichten gegründet, entwickelte sich das von ehemaligen Ärzten¹⁴ auf ehrenamtlicher Basis geführte Gremium rasch zu einer Anlaufstelle in allen Belangen der entrechteten jüdischen Ärzteschaft und übernahm somit die Rolle einer Standesvertretung der aus der Ärztekammer ausgeschlossenen Mediziner.

Neben ihrer allgemeinen Beratungstätigkeit, Kontakten mit den Behörden, der Organisation von Umschulungskursen und der materiellen Unterstützung verarmter Ärzte aus einem Solidarfonds (Ärztehilfe) zählte die Erschließung von Emigrationsmöglichkeiten zu den zentralen Aufgabenbereichen der Ärzteberatung. Im Rahmen der Auswanderungsabteilung der Kultusgemeinde wurden per Fragebogen Qualifikationen, Berufswünsche und erwünschte Zielländer erhoben. Trotz alledem erwiesen sich die Aussichten, eine ärztliche Tätigkeit in einem Emigrationsland ausüben zu dürfen, als beschränkt und waren

13 Sechs Monate ärztliche Aufbauarbeit in der Ostmark. Von Dr. Ramm, Beauftragter des Reichsärztesführers, in: *Ärzteblatt für die Deutsche Ostmark* 1 (1938), Nr. 13, S. 219. Zur führenden Rolle Ramms bei der Entrechtung der jüdischen Ärzte und der Gleichschaltung des Wiener und österreichischen Gesundheitswesens siehe Florian Bruns, *Medizinethik im Nationalsozialismus. Entwicklungen und Protagonisten in Berlin (1939–1945)* [= Geschichte und Philosophie der Medizin, hrsg. v. Andreas Frewer, Bd. 7], Stuttgart 2009, S. 90–93.

14 Der Ärzteberatung gehörten im Zeitraum ihres Bestehens u. a. an: Otto Lederer (vermutlich geb. 1881, 1944 nach Auschwitz deportiert, nicht überlebt), Heinrich Löwenstein (1871–1943), James Neumann (1863–1941), Siegfried Plaschkes (1886–1964), Moritz Propper (1876–1965), Emil Sonnenfeld (1873–1948) und Emil Tuchmann (siehe weiter unten).

mit hohen bürokratischen Auflagen sowie neuerlichen Prüfungen im jeweiligen Zielland verbunden.

Noch vor Inkrafttreten der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz und damit dem Verlust der Approbationen für jüdische Ärzte wurde die Israelitische Kultusgemeinde vom Beauftragten des Reichsärztesführers mit den Vorarbeiten zum Zulassungsverfahren für eine begrenzte Anzahl an Ärzten betraut, die zur Behandlung ausschließlich jüdischer Patienten berechtigt sein würden. Die Ärzteberatung wurde aufgefordert, Kandidaten vorzuschlagen. Zu diesem Zweck wurden Fragebögen an praktische Ärzte, Fachärzte, Zahnärzte und Zahntechniker ausgesendet. Voraussetzung für eine Zulassung war die Bereitschaft, mindestens ein halbes Jahr in Wien zu verbleiben.¹⁵ Eines der Kriterien für eine Befürwortung, so wurde in Aussicht gestellt, war eine nachweisliche Tätigkeit als Frontkämpfer im 1. Weltkrieg.¹⁶

Die Bestellung erfolgte nach entsprechender Prüfung durch den Reichsminister des Innern mit der Erteilung der sogenannten „Gestattungen“, die zur eingeschränkten, jederzeit widerrufbaren Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigten. Die Mediziner hatten alle Anweisungen des von der Reichsärztekammer bestellten Kommissars Max Tobis¹⁷ (für die Zahnärzte: Egon Feyerstein bzw. Alexander Guggitz) zu befolgen.

Den jüdischen Medizinerinnen war die Berufsbezeichnung „Arzt“ untersagt; ebenso wenig durften sie Amtstitel wie „Sanitätsrat“ oder „Medizinalrat“ führen; stattdessen wurden die diskriminierenden Begriffe „Krankenbehandler“ (praktische Ärzte bzw. oft auch als Oberbegriff gebraucht), „Fach(kranken)behandler“ (Fachärzte) und „Zahnbehandler“ (Zahnärzte) eingeführt. Ordinationsschilder und Schriftstücke waren mit dem Davidstern zu kennzeichnen. Die Ausübung ihrer Tätigkeit war auf die Behandlung von Personen, die aufgrund der Nürnberger Gesetze als Juden galten, beschränkt. Umgekehrt war

15 Vgl. Die jüdischen Ärzte. Zulassung zur Behandlung von Juden nach dem 30. September, in: Zionistische Rundschau, Nr. 15, 26. 8. 1938, S. 3; Zulassung von Ärzten und Zahntechnikern. Behandlung jüdischer Patienten nach dem 30. September, in: Ebenda, Nr. 17, 9. 9. 1938, S. 9; Siegfried Plaschkes: Die jüdischen Ärzte in Österreich, in: Ebenda, Nr. 20, 30. 9. 1938, S. 4.

16 Bei der Bewerbung wurden die Dauer des Frontdienstes, die Tätigkeit im Seuchendienst, die militärische Charge, erhaltene Kriegsauszeichnungen und das Vorhandensein einer allfälligen Kriegsinvalidität erfragt. Fragebogen betreffend die Zulassung zur Behandlung jüdischer Patienten nach dem 30. 9. 1938, IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2611.

17 Geb. 2. 10. 1874 Wien. Promotion 1899 an der Universität Wien. 1903–1926 praktischer Arzt in Niederösterreich, danach Übersiedelung nach Wien. Langjähriger Sozialversicherungsreferent, stellvertretender Vorsitzender im Präsidium des Reichsverbands österreichischer Ärzteorganisationen. Ärztlicher Beisitzer am Erbgesundheitsgericht, als solcher für Zwangssterilisierungen verantwortlich.

diesen die Konsultation eines nichtjüdischen Arztes bzw. die Behandlung in einem „arischen“ Spital untersagt. Eine Ausnahme gab es zunächst noch für jüdische Patienten in der Provinz, die nichtjüdische Ärzte aufsuchen durften, da außerhalb Wiens keine „Krankenbehandler“ zugelassen waren. Allerdings war die Behandlung von Juden ohnehin rasch auf den Standort Wien beschränkt, wo die jüdische Bevölkerung nach ihrer Vertreibung aus den Bundesländern konzentriert war. Ausnahmen bei der medizinischen Versorgung gab es darüber hinaus, wenn Lebensgefahr drohte und eine Versorgung in einer jüdischen Spitalseinrichtung nicht zeitgerecht möglich war, wobei jedoch für eine gesonderte Unterbringung und eine ehestmögliche Überstellung in das Rothschild-Spital gesorgt werden musste. Diese Regelung fand allerdings keine Anwendung bei Patienten mit Infektionskrankheiten oder psychiatrischen Erkrankungen.¹⁸



Ordinationsschild von Dr. Herbert Neuwalder (1900–1991)
(Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

18 Siehe: An den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, Schreiben der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Hauptabteilung E – Gesundheitswesen und Volkspflege, Anstaltenamt, 24. 7. 1942. ÖStA, AdR, Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, Aktenzeichen 7100: 1940–1945, Karton 29.

Die Ärzte waren, um ihrem Beruf nachgehen zu können, von einzelnen antijüdischen Repressionsmaßnahmen ausgenommen. So durften sie eingeschränkt öffentliche Verkehrsmittel benutzen und waren teilweise von der Kennzeichnungspflicht auf der Kleidung ausgenommen. Auch waren sie von der Teilnahme an den berüchtigten „Reibpartien“ befreit.

Vor dem Hintergrund der durch Vertreibung und später Vernichtung dezimierten jüdischen Bevölkerung Wiens verringerte sich das Kontingent der zugelassenen „Krankenbehandler“ im Lauf der Jahre: von 368 im Oktober 1938 (137 praktische Ärzte, 81 Fachärzte, 72 Zahnärzte, 64 für das Rothschild-Spital, 9 für das Altersheim, 3 für das Kinderambulatorium zugelassene Ärzte sowie 2 Ritualärzte)¹⁹ sank ihre Zahl nach dem Beginn der Massendeportationen drastisch. Im Dezember 1943 versahen noch insgesamt 47 „Krankenbehandler“ ihren Dienst, wobei etliche zugelassene „Fachbehandler“ zugleich am Rothschild-Spital wirkten.²⁰ Dazu kamen weitere in den Anstalten des Ältestenrats der Juden in Wien teils ehrenamtlich beschäftigte Ärzte. Ende Februar 1945 wird das ärztliche Personal im Spital mit 15, im Altersheim und im Kinderspital mit jeweils 2 beziffert.²¹ Bisher konnten insgesamt mehr als 500 Mediziner ermittelt werden, die für unterschiedliche Dauer zwischen 1938 und 1945 im Gesundheitswesen der Israelitischen Kultusgemeinde tätig waren. Der überwiegende Teil war schon zuvor in Wien ansässig gewesen, aus der Provinz stammten nur wenige.

Für die Einhaltung der behördlichen Bestimmungen wurde die Ärzteberatung verantwortlich gemacht. Durch diese Verantwortungsübertragung waren die Funktionäre wie auch die Ärzte selbst in die Rolle von Erfüllungsgehilfen der nationalsozialistischen Politik der Ausgrenzung, Vertreibung und schließlich Vernichtung gezwungen, der sie sich allenfalls punktuell entziehen konnten.

Das jüdische Gesundheitswesen 1938–1945

Zur Versorgung der jüdischen Patienten gelang es der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde (ab November 1942: „Ältestenrat der Juden in Wien“), un-

19 Vergleichende Untersuchung über das Verhältnis der Ärztezahl zur Zahl der in Wien lebenden Juden, sowie die Gliederung der Ärzteschaft nach Alter und Konfession, 1. 10. 1938 u. 1. 2. 1940. Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2613.

20 Siehe: Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, Nr. 34, 17. 12. 1943, S. 2.

21 Emil Tuchmann, An den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Wien, 5. 2. [gemeint: 3.] 1945, Archiv der IKG, Bestand Jerusalem, A/W 1824/6.

ter Kontrolle der nationalsozialistischen Behörden und trotz dramatischen Mangels an materiellen Ressourcen bis zum Ende des Krieges ein Netz von Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Leitung sämtlicher Gesundheitseinrichtungen hatte ab Anfang des Jahres 1940 der Mediziner Emil Tuchmann²² inne. Er war der Gestapo in allen Angelegenheiten berichtspflichtig und hatte eine heikle Gratwanderung zwischen den Interessen der Patientenschaft und den Auflagen der NS-Behörden zu bewältigen.²³



Das Rothschild-Spital am Währinger Gürtel
(Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

- 22 Geb. 5. 12. 1899 Jablonitz, gest. 14. 9. 1976 Wien. Promotion 1927 an der Universität Wien, danach Sekundararzt an der geburtshilflich-gynäkologischen Anstalt der Krankenkasse der Handlungsgehilfen in Wien 18. Ab 1930 ärztliche Tätigkeit in der Provinz, u. a. in der Lungenheilstätte Grimmenstein, NÖ, anschließend beamteter Arzt der Versicherungskasse für kaufmännische Angestellte. Nach dem „Anschluss“ als „Krankenbehandler“ zugelassen. Weitere biografische Angaben siehe weiter unten.
- 23 Emil Tuchmann, Bericht über meine Tätigkeit bei der Wiener Kultusgemeinde in den Jahren des Naziregimes 1938–1945, Akt des Landesgerichtes für Strafsachen Wien: Verfahren gegen Dr. Tuchmann wegen Verbrechens nach dem Kriegsverbrechergesetz, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, DÖW 17142 a. Für weitere Details zu Emil Tuchmann siehe auch den Beitrag von Michaela Raggam-Blesch in diesem Band.

Die erste Anlaufstelle für jüdische Patienten war auf Bezirksebene der niedergelassene Arzt mit Kassenvertrag. Darüber hinaus gab es eine Reihe von medizinischen Einrichtungen. An erster Stelle ist das renommierte, 1873 eröffnete Rothschild-Spital am Währinger Gürtel mit seinen zahlreichen Ambulanzen und Abteilungen zu nennen, das einen enormen Patientenandrang zu bewältigen hatte. Im Rothschild-Spital standen den Erkrankten eine chirurgische und zugleich urologische, eine gynäkologische, eine dermatologische sowie eine neurologische Abteilung, ein bis zwei interne Abteilungen sowie mehrere Ambulanzen und ein Röntgeninstitut zur Verfügung. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass Mediziner ihre Dienste teilweise sogar freiwillig und unbesoldet verrichteten. Als Direktor fungierte der ehemalige Generalstabsarzt Arnold Raschkes.²⁴ Obwohl immer wieder Primärärzte das Land verließen, konnte die Ärzteschaft durch namhafte Mediziner ergänzt werden. Zu diesen zählten u. a. der Chirurg Matthias Reich²⁵, der Gynäkologe Josef Schiffmann²⁶, der Dermatologe Robert Otto Stein²⁷, der Internist Julius Donath²⁸ und der damals junge Neurologe

- 24 Geb. 14. 11. 1869 Lemberg, gest. 1950 New Jersey, USA. Promotion 1893 an der Universität Wien. Generalstabsarzt Raschkes übernahm nach dem Ende des 1. Weltkriegs die Direktion des Rothschild-Spitals und behielt diese Position auch während der NS-Herrschaft. Er überlebte in Wien und übersiedelte anschließend in die USA.
- 25 Geb. 30. 9. 1878 Baja, gest. 30. 11. 1957 Wien. Promotion 1903 an der Universität Wien. 1903–1912 Sekundärarzt (Assistent) an der 1. chirurgischen Abteilung des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, 1920–1938 Vorstand der chirurgischen Abteilung des Kaiser-Franz-Josef-Ambulatoriums in Wien-Mariahilf. Überlebte in Wien. Direktor und Primar des 1952 wiedererrichteten Israelitischen Spitals.
- 26 Geb. 16. 12. 1879 Wien, gest. 25. 5. 1944. Promotion 1904 an der Universität Wien. Ausbildung an den Abteilungen für Innere Erkrankungen und Gynäkologie am Allgemeinen Krankenhaus in Wien, später an der gynäkologischen Abteilung des Wiedener Krankenhauses und am Elisabeth-Spital tätig. 1922 Habilitation im Fach Geburtshilfe und Gynäkologie, Dozent an der medizinischen Fakultät der Universität Wien. Im April 1938 Entzug der *Venia legendi*.
- 27 Geb. 13. 12. 1880 Wien, gest. 12. 5. 1951 ebendort. Promotion 1904 an der Universität Wien. Assistent an der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Danach Leitung der Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten am Kaiser-Franz-Josef-Ambulatorium in Wien Mariahilf. 1915 Habilitation, Privatdozent bzw. ab 1926 ao. Professor für Dermatologie und Syphilidologie an der medizinischen Fakultät. Im April 1938 Entzug der *Venia legendi*, Entfernung aus allen Funktionen. 1945 zum Ambulanzleiter bei der Wiener Gebietskrankenkasse bestellt, Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der Universität Wien. 1946 Verleihung des Titels eines o. Professors. Autor grundlegender Werke auf dem Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Forschungsschwerpunkte: Pilzkrankungen der Haut, Haarerkrankungen.
- 28 Geb. 11. 11. 1870 Wien, gest. 1950 ebendort. Promotion 1895 an der Universität Wien. Danach u. a. Assistent an der Wiener Poliklinik, dann an der 1. medizinischen Universitätsklinik. 1905 Habilitation im Fach Innere Medizin. 1910–1936 Primararzt am Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft, Konsiliararzt der Krankenkasse für kaufmännische Ange-

Viktor Frankl (1905–1997). Als einziger weiblicher Primar stand Nelly Grete Blum²⁹ der Röntgenabteilung vor. Das Spital fungierte darüber hinaus als ein Auffangbecken für aus ihren Positionen entfernte Ärzte und für den medizinischen Nachwuchs, etwa für junge Ärzte, die im Rahmen einer so genannten Nichtarierpromotion ihr Studium abschließen konnten. Das Rothschild-Spital bot Ärzten, die zu emigrieren beabsichtigten, Umschulungskurse an, vor allem im Bereich Kosmetik, Massage, Krankenpflege und chemische Laboratoriumsarbeit.³⁰ Trotz der Isolation vom nationalen und internationalen Wissenschaftsbetrieb wurden sogar medizinische Forschungen weitergeführt, wie z. B. Untersuchungen betreffend den Einfluss der Unterernährung auf den diabetischen Prozess.³¹ Im Oktober 1942, als die jüdische Bevölkerung Wiens durch die Deportationen bereits stark dezimiert war, übersiedelte das Spital in die Malzgasse 16 im 2. Wiener Gemeindebezirk, im Gebäude am Währinger Gürtel richtete die SS ein Lazarett ein.³²

Zu den weiteren Betreuungseinrichtungen zählten u. a. das von Albert Herz³³ bzw. Oswald Freund³⁴ geleitete Altersheim in der Seegasse in Wien 9 (mit mehreren Zweigstellen in verschiedenen Bezirken), ein 1940 eingerichtetes Siechenheim in der Radetzkystrasse im 3. Wiener Gemeindebezirk un-

stellte. 1927 ao. Professor. Im April 1938 Entfernung von seiner Position an der Universität Wien sowie aus allen weiteren Funktionen. Forschungsschwerpunkt: paroxysmale Hämoglobinurie (gemeinsam mit Karl Landsteiner – „Donath-Landsteiner-Syndrom“, „Donath-Landsteiner Hämolysetest“ etc.).

29 Geb. 14. 4. 1891 Kimpolung, gest. 11. 4. 1945 Wien. Promotion 1918 an der Universität Wien, später Assistentin am Röntgeninstitut der Arbeiterkrankenkasse. Blum wurde im April 1945 gemeinsam mit anderen Juden vor dem Haus Förstergasse 7 im 2. Wiener Gemeindebezirk wenige Stunden vor Eintreffen der Roten Armee von einem Kommando der Waffen-SS ermordet.

30 Arias, „... und in Wirklichkeit war es Zufall, dass man am Leben geblieben ist ...“, S. 40.

31 Heinrich Schur, Klinische Erfahrungen über den Diabetes mellitus unter den besonderen Verhältnissen der Kriegszeit, in: Österreichische Ärztezeitung 4 (1946), S. 8 ff.; ebenda 6/7 (1946), S. 12–15.

32 Zum Rothschild-Spital siehe auch den Beitrag von Michaela Raggam-Blesch in diesem Band.

33 Geb. 2. 12. 1876 Freudenthal, Schlesien. Promotion 1901 in Wien. Tätigkeit an der Klinik Nothnagel und Assistent an der 4. medizinischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. 1913 Habilitation für Innere Medizin an der Universität Wien. Wissenschaftlicher Schwerpunkt: Blut- und Infektionskrankheiten. 1938 Widerrufung der Venia legendi. Als jüdischer „Krankenbehandler“ zugelassen und im Altersheim der Israelitischen Kultusgemeinde tätig. Emigrierte in die Niederlande, wo er 1950 starb.

34 Geb. 8. 1. 1879 Wien. Promotion 1904 in Wien. Nach dem „Anschluss“ als „Krankenbehandler“ für Innere Medizin zugelassen, am Rothschild-Spital tätig; Vorstand des Altersheims der Israelitischen Kultusgemeinde in der Seegasse.

ter der Leitung von Maximilian Kohorn³⁵ und seiner Stellvertreterin Maria Herzberg³⁶, ein Heim für Blinde, Gehörlose und Körperbehinderte in Wien-Döbling (ehemaliges Israelitisches Blindeninstitut) sowie ein 1941 eröffnetes Kinderkrankenhaus in der Ferdinandstraße im 2. Wiener Gemeindebezirk mit Ambulanz und Mutterberatungsstelle, das von Fanny Reiter³⁷ und ihrer Stellvertreterin Sala Weitz³⁸ geführt wurde. Im Zuge der Deportationen wurden etliche dieser Institutionen aufgelöst und stattdessen NS-Einrichtungen etabliert. Darüber hinaus standen mittellosen, unversicherten Personen einige Fürsorgeärzte für medizinische Konsultationen zur Verfügung.

Zwischen erzwungener Kooperation und Widerstand

Neben der medizinischen Versorgung der jüdischen Bevölkerung fielen den jüdischen Ärzten Tätigkeitsbereiche zu, die in unmittelbarem Kontext der nationalsozialistischen Ausgrenzungs-, Vertreibungs- und später Vernichtungspolitik standen. Dazu gehörte zunächst die Ausstellung von Gesundheitszeugnissen, die vor der Emigration bei diversen ausländischen Konsularbehörden vorzulegen waren. Die Untersuchungen fanden sowohl im Rothschild-Spital als auch bei niedergelassenen Ärzten statt.

Das Zwangsverhältnis zwischen Behörden und Ärzten erfuhr eine Zuspitzung, als mit dem Einsetzen der Massendeportationen im Jahr 1941 die Israelitische Kultusgemeinde in die organisatorische Vorbereitung und den Ablauf der Transporte in die Ghettos und Konzentrationslager mit eingebunden wurde. In den Sammellagern hatten eigens hierfür aus dem Rothschild-Spital abgestellte Ärzte im Rahmen der so genannten Kommissionierung zu beurteilen, ob Personen aus gesundheitlichen Gründen entlassen, vom Transport zurückgestellt oder in ein Spital bzw. eine Fürsorgeeinrichtung verbracht werden sollten.

35 Geb. 8. 11. 1881 in Böhmen. Promotion 1906 in Prag. Nach dem „Anschluss“ Leiter des Siechenheims der Israelitischen Kultusgemeinde. Wurde am 14. 9. 1942 nach Maly Trostinec deportiert, wo er wenige Tage später umkam.

36 Geb. 14. 9. 1896 Wien. Promotion 1921 in Wien. Nach dem „Anschluss“ als „Krankenbehandler“ im Altersheim der Israelitischen Kultusgemeinde, Seegasse 9, tätig. Am 10. 9. 1942 nach Theresienstadt deportiert, von dort am 12. 10. 1944 nach Auschwitz überstellt und ermordet.

37 Geb. 14. 11. 1895, Czernowitz; gest. 25. 6. 1972. Promotion 1923 in Wien; Ausbildung am städtischen Mautner-Markhofschens Kinderspital, dort Sekundärärztin, anschließend am Karolinen-Kinderspital tätig. Nach dem „Anschluss“ als „Fachbehandler“ für Kinderkrankheiten zugelassen.

38 Geb. 17. 1. 1895 Kolomea. Promotion 1922 in Wien. Überlebte in Wien.

Chefarzt der Sammellager war Hans Biller³⁹, nach seiner Deportation 1942 folgte ihm der ehemalige Polizeisanitätsrat Hofrat Paul Klaar nach.⁴⁰ Auch bei der Abfertigung der Deportationszüge am Wiener Aspernbahnhof waren Mediziner für Erste-Hilfe-Leistung vor Ort; jedem Zug waren Ärzte und Pflegepersonal als Begleiter zugeteilt.⁴¹

Ab 1944 stellte die Verschleppung tausender ungarischer Juden – Männer, Frauen und Kinder, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden – nach Ostösterreich das jüdische Gesundheitswesen vor neue Herausforderungen. Viele waren durch mangelnde Ernährung, katastrophale hygienische Verhältnisse und infolge ihrer Arbeitsbedingungen erkrankt oder Opfer von Misshandlungen geworden. Unter der Ägide von Emil Tuchmann als Oberarzt der zahlreichen Wohn- und Arbeitslager in und um Wien wurden so genannte Kontrollärzte für die medizinische und hygienische Überwachung dieser Lager abgestellt. Sie führten regelmäßige Visiten durch, um die Insassen vor Ort zu behandeln oder in Spitäler einzuweisen. Zusätzlich wurden Ärzte aus den Reihen der Zwangsarbeiter zur Versorgung der Patienten herangezogen. Darüber hinaus gelang es Tuchmann, zusätzliche Bettenkapazitäten in den jüdischen Einrichtungen, aber auch in öffentlichen Krankenhäusern wie im Wilhelminenspital oder im Meidlinger Notspital (heute Unfallkrankenhaus Meidling) zu organisieren.⁴² Die Gesundheitsbehörden sahen sich angesichts der drohenden Seuchengefahr – unter den ungarischen Kindern grassierten damals Scharlach und Diphtherie – gezwungen, die öffentlichen Spitäler, und waren es auch nur deren angeschlossene Baracken, jüdischen Patienten zur Verfügung zu stellen.

39 Geb. 10. 2. 1898 Graz. Sekundararzt am Landeskrankenhaus Graz, nach dem „Anschluss“ an der 2. medizinischen Abteilung des Rothschild-Spitals beschäftigt. Chefarzt der Sammellager. Am 6. 5. 1942 nach Maly Trostinec deportiert, dort ermordet.

40 Geb. 19. 1. 1887 Wien, gest. 12. 9. 1948 ebendort. Promotion 1918 an der Universität Wien, danach Ausbildung u. a. an der 1. Universitätsfrauenklinik in Wien unter Friedrich Schauta. Anschließend als Facharzt für Gynäkologie, ab 1922 als praktischer Arzt tätig. Ab 1919 im Dienst der Bundespolizeidirektion. Nach dem „Anschluss“ wurde Klaar zwangspensioniert und als „Krankenbehandler“ zugelassen. Am 27. 5. 1943 Deportation ins Konzentrationslager Theresienstadt, wo er als Leiter einer Altersheimabteilung seinen Dienst versah. Nach seiner Rückkehr im Sommer 1945 Wiedereintritt in die Bundespolizeidirektion Wien, außerdem als niedergelassener praktischer Arzt und beeideter Gerichtssachverständiger tätig.

41 Aktennotiz über die Vorsprache des gefertigten Leiters der isr. Kultusgemeinde Wien in der Geheimen Staatspolizei bei Reg.Rat Dr. Ebner in Anwesenheit des SS O’Stuf [Obersturmführer] Brunner, am 1. Feber 1941, 12 Uhr mittags, DÖW 2562.

42 Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsätze, Todesmärsche, Folgen, Wien–Berlin–Münster 2010, S. 84 f. Siehe auch Tuchmann, Bericht, DÖW 17142 a.

Trotz ihrer totalen Abhängigkeit von der Willkür der Behörden versuchten nicht wenige Ärzte jeden auch noch so geringen Spielraum zu nutzen, um ihren ärztlichen Verpflichtungen nachzukommen. Dieses – für Patienten oft lebensrettende – Verhalten muss angesichts der umfassenden Vernichtungsintention des NS-Regimes als Widerstand bezeichnet werden. Wie der Assistent an der chirurgischen Abteilung des Rothschild-Spitals Erich Stern (1903–1990) in seinen Erinnerungen schreibt, wurden zahlreiche Menschen in Spitalspflege aufgenommen, um sie der drohenden Deportation zu entziehen. In der Folge fanden Razzien durch die SA statt, die die tatsächliche Spitalsbedürftigkeit von Patienten festzustellen versuchte.⁴³ Emil Tuchmann berichtete, dass etliche Häftlinge aus dem Polizeigefängnis Elisabethpromenade durch längerfristige Hospitalisierung aufgrund gefälschter Diagnosen aus der Haft entlassen werden konnten bzw. die Befreiung Wiens durch die Rote Armee erlebten.⁴⁴ Oft jedoch wurden Menschen, unter ihnen Schwerkranke, trotz des Einspruchs der Ärzte aus dem Spital geholt und in Sammellager verbracht. Professor Heinrich Schur⁴⁵, Leiter der Diabetikerstation an der 2. medizinischen Abteilung des Rothschild-Spitals, erinnerte sich:

„Während der Behandlung war natürlich, solange die Patientin in unserer Beobachtung stand, immer die Frage in Schweben, ob wir sie nicht operieren lassen sollten. [...] Und als ich schließlich zu dem Entschluß kam, die Operation zu empfehlen, wurde uns die Patientin trotz unseres Einspruches durch Abtransport nach Theresienstadt entzogen. Es tut mir sehr leid, daß wir der Patientin die Chance einer operativen Behandlung nicht zuteil werden lassen konnten, denn der Weg ins Lager, den wir nicht verhindern konnten, war der sichere Weg in den Tod [...].“⁴⁶

43 Vgl. Erich Stern, *Die letzten zwölf Jahre Rothschild-Spital Wien, 1931–1943*, Wien 1974, S. 12 ff.; siehe auch Tuchmann, Bericht, DÖW 17142 a.

44 Tuchmann, Bericht, DÖW 17142 a.

45 Geb. 11. 5. 1871 in Nachod, Böhmen, gest. 21. 11. 1953 in Wien. Promotion 1894 in Prag, anschließend am Allgemeinen Krankenhaus und an der Poliklinik in Wien beschäftigt. 1905 Habilitation für Innere Medizin, 1915 ao. Professor. 1905–1910 Abteilungsvorstand der medizinischen Abteilung am Kaiser-Franz-Josef-Ambulatorium, danach bis 1938 Primararzt und Vorstand an der 1. medizinischen Abteilung am Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft. Nach dem „Anschluss“ Entzug der *Venia legendi* und Entfernung von der Universität Wien. Danach an der 2. medizinischen Abteilung im Rothschild-Spital tätig. Nach der Befreiung kurzfristig Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Stoffwechsellhre, des Diabetes und der Magen- und Darmerkrankungen.

46 Schur, *Klinische Erfahrungen*, 6/7 (1946), S. 14 f.

So sehr sich die Ärzte auch bemühten, durch entsprechende Gutachten die in den Sammellagern befindlichen Menschen dem Zugriff der Behörden zu entziehen, die Entscheidung über Rücküberstellungen aus dem Spital oder den Verbleib in der Einrichtung traf letztendlich der jeweilige SS-Lagerleiter.

Auf der anderen Seite war durch bestimmte Diagnosen, wie Diabetes oder Tuberkulose, das Schicksal der Kranken besiegelt, so in Laxenburg, wo das Krankenlager der ungarischen Zwangsarbeiter zugleich als Durchgangslager vor der Deportation diente. Die zuständigen Ärzte versuchten daher, die betroffenen Menschen nach Möglichkeit rasch aus dem Krankenlager zu entlassen.⁴⁷

Der niedergelassene „Krankenbehandler“ Ernst Pick (1896–1971) ging das Risiko ein, jüdischen Deportationsflüchtlingen („U-Boote“) ärztlichen Beistand zu leisten, wie von deren Helfern bezeugt wird.⁴⁸ Diese Tätigkeit blieb unentdeckt, der mutige Arzt verlor aber wegen „Inkrankenstandnahme unter Scheindiagnose“ seine Kassenpraxis.⁴⁹

Mit dem Einsetzen der Massendeportationen im Jahr 1941 waren auch die im Gesundheitswesen der Kultusgemeinde tätigen Personen, die sich nicht durch Emigration hatten retten können, in Gefahr, den Transporten in die Konzentrationslager zugeteilt zu werden. Für die Kultusgemeinde bestand die Möglichkeit, um Zurückstellung unabhkömmlicher Mitarbeiter anzusuchen. Freilich wurde jede zurückgestellte Person von der Gestapo durch eine andere ersetzt. In einem seiner Bittbriefe an maßgebliche Funktionäre der Kultusgemeinde schreibt der niedergelassene „Krankenbehandler“ Leopold Knopf (geb. 1877):

„Sehr geehrter Herr Doktor,
Sie werden gewiß gehört haben, daß ich für den Polentransport (28/X) eingeteilt bin. [...]
Ich bin 64 Jahre alt, mein Schwiegervater war Dr. Gustav Kohn, I. Vizeprä[s]ident] der IKG. Habe den Weltkrieg als freiwilliger Landsturmarzt mitgemacht (2 Auszeichnungen). Bin jüdischer Krankenbehandler, habe sämtliche Kassen u. habe viel zu tun. Ich habe eine

47 Vgl. Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, S. 139 f.

48 Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 3: Jüdische Schicksale, Wien 1992, S. 641.

49 Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Ärztekammer Wien, A1 – Personalakten, A1, A1/28 (Ernst Pick). Pick scheint noch 1943 als „Krankenbehandler“ ohne Kassenvertrag auf, er überlebte.

87jährige Mutter zu erhalten, die schon 3 erwachsene Söhne verloren hat, u. eine verwitwete Schwester, die ein Krüppel ist. Mein Neffe Hans Heller war in der IKG angestellt u. ist in Buchenwald gestorben. [...] Bestens dankend im Voraus ergebenst Dr. Knopf⁵⁰

Amtsdirektor Josef Löwenstein setzte sich tatsächlich für Knopf ein, der vorerst vom Transport enthoben wurde.⁵¹ Der Arzt wurde jedoch im Juni des darauf folgenden Jahres ins Vernichtungslager Sobibor deportiert und ermordet.⁵² Spätestens im Herbst 1942, als auch die Angehörigen der jüdischen Administration verstärkt ins Räderwerk der Vernichtung gerieten, zeigte sich, dass eine Position als „Krankenbehandler“ nicht vor der Deportation schützte. Im September und Oktober 1942 wurden zahlreiche dieser Ärzte nach Theresienstadt deportiert, wo einige von ihnen im dortigen Gesundheitswesen wirkten.

Nach der Befreiung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich konnten viele medizinische Akteure des nationalsozialistischen Regimes ihre beruflichen Karrieren in Lehre und Forschung weiterführen, während die Österreichische Ärztezeitung 1946 den geflüchteten und überlebenden Kollegen Folgendes empfahl: „Es kann daher den im Ausland tätigen Ärzten nur dringend geraten werden, die in den Jahren der Emigration errungene Position weiter zu behalten.“⁵³ Für viele Betroffene verstand sich diese Aufforderung wohl als Hohn, war es doch für die meisten von ihnen schwierig, sich im Emigrationsland in ihrem Berufsstand zu etablieren oder überhaupt im medizinischen Bereich tätig zu werden. Aber auch ihre Kollegen in Österreich hatten es alles andere als einfach.

Die in Wien verbliebenen oder aus den Konzentrationslagern heimgekehrten Ärzte waren ihrer Wohnungen und Ordinationen samt Einrichtung beraubt und standen vor dem ökonomischen Nichts. Die Ärztekammer Wien wies ihnen zwar unbenutzte Wohnungen und Ordinationen zu, es mangelte jedoch

50 Schreiben von Leopold Knopf an Unbekannt, 23. 10. 1941, Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2752.

51 Josef Löwenherz, Bitte um Enthebung, 10. Transport, Krankenbehandler, ebenda.

52 Datenbank Shoah-Opfer, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (unter dem Vornamen Lipe) [www.doew.at, abgerufen am 18. 6. 2016].

53 A. Hartwich, Zur Heimkehr der emigrierten Kollegen, in: Österreichische Ärztezeitung 1 (1946) 9/10, S. 7.

vielfach an geeigneter Infrastruktur, medizinischen Gerätschaften und Einrichtungen. So urgierte beispielsweise Paul Klaar nach seiner Rückkehr aus dem Lager Theresienstadt Anfang August 1945 wiederholt bei der Ärztekammer Ordinationsmöbel. Letztlich erhielt er vom dortigen Präsidenten den Rat, sich diesbezüglich an Polizeikommissariate zu wenden. Diese hätten die Ordinationsinventare sichergestellt, ohne jedoch Inventarverzeichnisse anzulegen oder die Ärztekammer zu informieren.⁵⁴ 1946 wurde innerhalb der Wiener Ärztekammer ein Wiedergutmachungsreferat gegründet, zu dessen Aufgaben die finanzielle und materielle Unterstützung von NS-geschädigten Ärzten zur Einrichtung von Praxen sowie auch deren Wiedereinsetzung in ihre vor 1938 innegehabten Positionen zählten. Ebenso sollten diese Mediziner ein Vorzugsrecht bei der Besetzung freier Stellen genießen.⁵⁵ Allerdings stellte im März 1947 eine Vollversammlung politisch verfolgter Ärzte mit Bedauern fest, dass die Wiener Ärztekammer diesem Auftrag nicht in ausreichender Weise nachkam und forderte daher von der Landesvertretung die Einrichtung eines Wiedergutmachungsfonds. Dieser sollte aus den Sühneabgaben der im Sinne des kurz zuvor verabschiedeten Nationalsozialistengesetzes belasteten Ärzte gespeist werden.⁵⁶

Nur wenige der von der Universität Wien vertriebenen Hochschullehrenden kehrten nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes in den Lehrkörper zurück. Einer von ihnen war Robert Otto Stein. Dem anerkannten Forscher war 1938 die *Venia legendi* entzogen und er von seinem Posten als Abteilungsvorstand im Mariahilfer Ambulatorium entfernt worden. Danach war er als „Krankenbehandler“ zugelassen und leitete ab 1939 die dermatologische Abteilung am Rothschild-Spital. Die Ära des Nationalsozialismus konnte er, geschützt durch seine Ehe mit Maria Jahn, die nicht jüdischer Herkunft war, in Wien überleben. 1945 wurde Robert Otto Stein zum Ambulanzleiter bei der Wiener Gebietskrankenkasse bestellt und nahm auch im selben Jahr seine Lehrtätigkeit an der Universität Wien wieder auf. 1946 wurde ihm der Titel eines ordentlichen Professors verliehen. Der Pathologe Michael Eisler-Terramare (1877–1970), der 1929 die Leitung des Staatlichen Serotherapeutischen Instituts übernommen hatte, an der medizinischen Fakultät der Universität Wien Allgemeine Pathologie lehrte und durch wissenschaftliche Leistungen auf den Gebieten der Serologie, der Mikrobiologie und der Immunitätsforschung (u. a. gemeinsam mit dem österreichischen Nobelpreisträger Karl

54 WStLA, Ärztekammer Wien, A1 – Personalakten, A1, A1/17 (Paul Klaar).

55 S. T., Ein Wiedergutmachungs-Referat in der Ärztekammer, in: Österreichische Ärztezeitung 1 (1946) 9/10, S. 10–11.

56 Wiedergutmachungsreferat, in: Österreichische Ärztezeitung 2 (1947) 7, S. 77 f.

Landsteiner, 1868–1943) hervortrat, verlor nach dem „Anschluss“ zunächst seine Stellung am Serotherapeutischen Institut, wurde aber erst im April 1939 an der Universität Wien in den Zwangsruhestand versetzt. Im August 1944 wurde er nach Theresienstadt deportiert. Nach seiner Rückkehr arbeitete er wieder am Serotherapeutischen Institut und wurde im März 1946 zu dessen Leiter bestellt. Kurz zuvor hatte er seine Lehrtätigkeit an der medizinischen Fakultät wieder aufgenommen, die er 1950 beendete.

Einigen Ärzten, die als „Krankenbehandler“ überlebt hatten, gelang es nach 1945 im öffentlichen Gesundheitswesen der Stadt Wien bzw. bei Behörden wie der Polizei Fuß zu fassen, wo Bedarf an politisch unbelasteten Personen bestand. Einige von ihnen waren bereits vor 1938 als beamtete Mediziner tätig gewesen. So war Emil Tuchmann Arzt der Wiener kaufmännischen Krankenkasse gewesen, bis er 1934 gekündigt wurde und sich als praktischer Arzt niederließ. Nach der Befreiung war Tuchmann, der sich politisch für die Sozialdemokratie engagierte, als Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte für den Wiederaufbau des österreichischen Krankenkassenwesens verantwortlich. Zu seinen Verdiensten zählte u. a. die Einrichtung von Kassenambulatorien. Darüber hinaus galt sein besonderes Interesse der Jugendfürsorge.

Fanny Reiter, ehemalige Ärztin am Karolinen-Kinderspital, die als „Krankenbehandlerin“ an verschiedenen Kinderkrankenhäusern und im Kinderheim tätig gewesen war, wurde unmittelbar nach der Befreiung als Mutterberatungsärztin bei Beratungsstellen im 9. und 17. Wiener Gemeindebezirk angestellt. 1946 trat sie ihren Dienst im Zentralkinderheim der Stadt Wien an und wurde schließlich Primaria dieser Anstalt.

Polizeisanitätsrat Paul Klaar kehrte nach mehr als zweijähriger Haft aus dem Konzentrationslager Theresienstadt Anfang August 1945 nach Wien zurück, wurde 1946 wieder in den Polizeidienst aufgenommen und rückte bald darauf zum Chefarzt auf. Klaar verkraftete seine Rolle während der NS-Herrschaft nicht und soll drei Selbstmordversuche unternommen haben. 1948 wurde er von einer Straßenbahn überfahren und erlag seinen Verletzungen.⁵⁷

Schlussbemerkung

Zusammenfassend muss man feststellen, dass die wenigen in der Praxis verbliebenen jüdischen Ärzte in die Rolle von Erfüllungsgehilfen der nationalsozia-

⁵⁷ George Clare, *Letzter Walzer in Wien*, Wien 2001, S. 267 f.

listischen Ausgrenzungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gezwungen wurden, die wohl gerade Ärzte in Hinblick auf traditionelle Normen ärztlicher Ethik in kaum vorstellbare moralische Grenzsituationen brachte.

Der Historiker Doron Rabinovici beschreibt diese Extremsituation wie folgt:

„Die jüdischen Funktionäre sahen keine Alternative. Die Kooperation mit den Nazis schien das jeweils geringere Übel zu sein. Immer wieder schöpften sie Hoffnung, einen Teil der Gemeinde noch retten zu können. Wer die Politik der jüdischen Gemeinden während der nationalsozialistischen Verfolgung kritisch beleuchtet, muss die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit anerkennen. Die jüdische Gemeindeleitung unterlag denselben Zwängen wie alle Juden, sie verfügte über keine eigene Macht, sondern war zur bloßen Instanz geschwunden, zu einer Instanz der Ohnmacht. Auch im nachhinein tut sich keine Handlungsalternative zum damaligen Dilemma auf.“⁵⁸

Unter dem Druck der materiellen Not und der lebensbedrohenden Repression war es daher oft nicht mehr möglich, die ethischen Standards des Ärzteberufs aufrechtzuerhalten. Besonders deutlich wird dies im Fall des bereits mehrmals erwähnten Emil Tuchmann, der in dem erzwungenen Kooperationsgefüge zwischen Israelitischer Kultusgemeinde und nationalsozialistischen Behörden in eine nicht unproblematische Machtposition innerhalb seiner Gemeinde geriet. Tuchmann erwarb zweifellos große Verdienste um die Versorgung der Wiener jüdischen Patientenschaft. Er versuchte, selbst unter widrigsten Umständen und teils katastrophalen Zuständen, die Interessen der Patienten zu vertreten, indem er dank seines Organisationstalents für die ihm unterstellten Einrichtungen unermüdlich vermehrte Aufnahmekapazitäten schuf, über illegale Kanäle Medikamente und Lebensmittel beschaffte und Inventar vor dem Zugriff der Behörden rettete. Durch Aufnahme und möglichst langfristige Hospitalisierung gelang es ihm, etliche Menschen zumindest zeitweise vor der Deportation zu retten.⁵⁹ Ein Schreiben des Ältestenrats der Juden in Wien vom 18. April 1946 bestätigte Tuchmanns Leistungen mit folgenden Worten:

58 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/M. 2000, S. 426.

59 Siehe dazu: [Schreiben ehemaliger Häftlinge, die um baldige Entlassung Tuchmanns bitten, 20. 4. 1945], Akt des Landesgerichtes für Strafsachen Wien: Verfahren gegen Dr. Tuchmann wegen Verbrechens nach dem Kriegsverbrechergesetz, DÖW 17142 b.

„Die noch in Wien befindlichen Mitglieder des seinerzeitigen Aeltestenrates der Juden in Wien erklären, dass Ihnen [sic] sehr zahlreiche Fälle bekannt sind, die nur durch die Hilfsbereitschaft des Vertrauensarztes des Aeltestenrates der Juden in Wien Dr. Emil Tuchmann verblieben sind. Herr Dr. Emil Tuchmann hat sich auch in selbstloser Weise, als Judentransporte aus Ungarn nach Wien einlangten, für diese Juden verwendet und nur ihm ist es zu verdanken, dass für die ungarischen Juden ein Spital eröffnet wurde, ungarische Aerzte die Behandlung übernehmen konnten und dass auch sonst für diese Juden gesorgt wurde.“⁶⁰

Aufgrund seines strengen Regimes und seines respektlosen Auftretens gegenüber seinen Untergebenen zog sich Tuchmann, der für sämtliche Vorgänge in den Gesundheitseinrichtungen von der Gestapo persönlich zur Verantwortung gezogen wurde, jedoch auch viele Feinde zu. Am 15. April 1945, unmittelbar nach der Befreiung Wiens, wurde Tuchmann verhaftet und in der Folge gegen ihn ein Verfahren wegen Verbrechens nach dem Kriegsverbrechergesetz eingeleitet. Ihm wurde von jüdischen Opfern vorgeworfen, er habe Mitarbeiter des Rothschild-Spitals, die sich nicht an die Vorschriften hielten, zur Deportation preisgegeben. Im Rahmen seiner Gerichtsverhandlung wurden zahlreiche Zeugen einvernommen. Als stellvertretendes Beispiel sei folgende Zeugenaussage auszugsweise zitiert:

„Wenn Dr. T. jemals auf einen Gruss eines Angestellten gedankt hat, dann musste er schon sehr gut aufgelegt gewesen sein. Die Spitalsangestellten wurde[n] durch T. in unflätigster Weise traktiert und jeder dieser Leute kann und wird bestätigen, dass niemand so gefürchtet war, [sic] wie Dr. Tuchmann, obwohl er doch auch nur Jude gewesen ist. [...] so kann man behaupten, dass es nur von T. abhängig war, ob jemand zum Transport eingeteilt wurde, ich verbessere, als unabkömmlich reklamiert wurde oder nicht. Mir ist kein Fall bekannt, wo jemand von [sic] seiner Evakuierung rechtzeitig gewarnt worden wäre, so, dass er hätte als U-Boot weiterleben können.“⁶¹

60 Ebenda, DÖW 17142 a.

61 Ebenda, Polizeidirektion Wien, Staatspolizei, Ref. II D, Niederschrift Isak Rubinger, 10. 9. 1945, DÖW 17142 a.

Tuchmann, der der Kollaboration mit der Gestapo und der Bespitzelung von Kollegen bezichtigt war, sei bekannt dafür gewesen, „dass er ihm missliebige Leute sich vom Hals zu schaffen verstanden hat“⁶². Im Gegensatz dazu setzten sich Ärzte und Belegschaft des Rothschild-Spitals, die von der Unschuld und Integrität ihres Vorgesetzten überzeugt waren, für dessen Enthaftung ein.⁶³ Das Gerichtsverfahren gegen Tuchmann, dessen Persönlichkeit bis heute kontroversiell beurteilt wird, wurde jedenfalls 1946 eingestellt.

62 Ebenda, Polizeidirektion Wien, Staatspolizei, Ref. II D, Niederschrift Ludwig Pless, 3. 9. 1945, DÖW 17142 a.

63 Die Aerzteschaft und Angestellten des Spitals, Wien II., Malzgasse 16 [Gesuch um Enthaftung Tuchmanns], DÖW 17142 b.